

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt u. d. Neuenbürg

Wegspr.: Kowall, d. Post K 120 einchl. 18 3. Verlags-Bez., 21. 3. 3. Zustellungsgeb.; b. Wg. K 1.40 einchl. 20 3. Austrägergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. 405, Gewalt ab. Betriebsköt. befreit sein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 921.

Anzeigenpreis: Die 10sp. Millimeterzeile oder deren Raum 5 3. Restame 15 3. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei persönl. Entsch. od. Kontofuss. bindig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 21

Montag, Freitag, den 25. Januar 1935

58. Jahrgang

500 Millionen 4,5-proz. Reichsanleihe

Berlin, 24. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsbank hat für Rechnung des Reiches mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalsbank 500 Millionen 4,5-prozentige Deutsche Reichsanleihe zum Kurs von 98 1/2 Prozent zur Unterbringung bei den Sparkassen abgeschlossen.

Die Anleihe wird getilgt mit jährlich 2 Prozent der ursprünglichen Summe unter Verwendung der Zinsersparnisse zur Tilgungsüberstärkung. Die Abnahme und Bezahlung der Anleihe erfolgt mit 40 Prozent zum 20. Februar 1935, 30 Prozent zum 15. Mai 1935, 30 Prozent zum 15. August 1935.

Der Erlös der Anleihe ist zur Konsolidierung von Auswendungen für Arbeitsbeschaffungszwecke bestimmt und dient somit der Erleichterung der Finanzlage des Reiches in den späteren Jahren.

Die Zulassung der Anleihe zum Lombardverkehr der Reichsbank ist vorgezogen.

Am 30. Januar Betriebsappelle

Berlin, 24. Jan. Zur Verbreitung des Gedankens der regelmäßigen Betriebsappelle hat die Deutsche Arbeitsfront für den 30. Januar eine große Aktion vorbereitet. An diesem Tage sollen im ganzen Reich und allen Betrieben Betriebsappelle durchgeführt werden. Die Arbeitskameraden und Arbeitskameradinnen aus den Maschinenstellen und den Kontoren, in den Diensträumen der Behörden und an allen Arbeitsplätzen werden sich am 30. Januar versammeln, um erneut ihren Willen zur Kameradschaft und zur gemeinsamen Arbeit für Deutschland zu bekunden. Der 30. Januar ist für diese Aktion gewählt worden, weil er als Jahrestag der Machtübernahme durch Adolf Hitler besonders geeignet für ein großes, gemeinsames Bekenntnis des schaffenden Volkes ist. Der von der Deutschen Arbeitsfront angeregte große Appell wird einheitlich unter dem Gedanken gestellt: Was bedeutet der 30. Januar für den schaffenden deutschen Menschen? Gleichzeitig soll durch den Saarabstimmungsgebot gedacht werden, der am 13. Januar erneut bewiesen hat, daß der deutsche Sohn des Volkes immer auch der treueste ist.

Broterzeugung endgültig gesichert

Berlin, 24. Jan. Im Hinblick auf die Ergebnisse der letzten Erhebungen über die Getreidebestände wird, wie das NDZ meldet, vom Reichslandwirtschaftsministerium, daß über die Sicherung der Broterzeugung aus der diesjährigen Brotgetreideernte ohne die Inanspruchnahme des Auslandes keinerlei Zweifel bestehen. Von Monat zu Monat wachse im Gegenteil sogar die Wahrscheinlichkeit, daß wir trotz der knappen vorjährigen Getreideernte auch am Ende dieses Wirtschaftsjahres noch mit einer ausreichenden nationalen Reserve versehen sein werden, die uns auch gegen alle Möglichkeiten des nächsten Getreidewirtschaftsjahres weitgehend schützt. Irgend welche Gefahren für die Broterzeugung der deutschen Bevölkerung seien also in keiner Weise vorhanden. Die Abnahme der Getreidebestände sei bisher völlig normal verlaufen.

Leitung des Kuratoriums der Hindenburg-Spende

Berlin, 24. Jan. Das Gesamtkuratorium der Hindenburg-Spende trat am Mittwoch im Hause des Reichspräsidenten, wo es so häufig unter dem Vorsitz Hindenburgs getagt hatte, zu einer Trauerkundgebung für den verewigten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall zusammen. Im Anschluß an die Gedächtnisrede wählte das Kuratorium, einem Wünsche des verewigten Reichspräsidenten folgend, den Landesdirektor a. D. Dr. von Winterfeldt-Mentz zu seinem Vorsitzenden und Staatssekretär Meißner zu seinem Stellvertreter. Dem Jahresbericht der Stiftung Hindenburg-Spende ist zu entnehmen, daß auch im Jahre 1934 wieder rund 1 Million RM. Unterstühtungen an 6032 Kriegsbeteiligte, Kriegerhinterbliebene und Veteranen im Einzelbetrug von durchschnittlich 150 RM. ausgezahlt wurden. Bisher hat die 1927 von dem verewigten Reichspräsidenten errichtete Stiftung Unterstühtungen in der Gesamthöhe von 7,9 Millionen RM. verausgabt.

Der Führer an Alban Schacht

München, 24. Jan. Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, hat der Führer zum Zeichen dankbaren Gedankens seinem alten Kämpfer, Abt Alban Schacht, aus Anlaß des 74. Geburtstages ein herzliches Glückwunschtogramm geschickt. Auch der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heg, Staatsminister Esser, Oberbürgermeister Fiebler und viele andere Persönlichkeiten haben ihre Wünsche mit denen des Führers zu einer erhebenden Ehrung des großen Jubilars vereinigt.

Wichtige Kabinettsbeschlüsse

Der Dank der Reichsregierung an die Saar - Gesetz zur organischen Zinsentung

Berlin, 24. Jan. In der Sitzung des Reichskabinetts am Donnerstag gedachte der Führer und Reichskanzler zunächst mit tiefsinnigen Worten des Dankes und der Freude des überwältigenden deutschen Sieges bei der Saarabstimmung, auf dessen politische Bedeutung er kurz hinwies. Das ganze deutsche Volk sei den Saardeutschen für ihre große Treue und Beharrlichkeit tiefsten Dank schuldig.

Alsdann nahm der Führer und Reichskanzler die offizielle Einführung des neuen Reichsministers ohne Geschäftsbereich, Dr. Hans Frank, vor.

Das Reichskabinett verabschiedete hierauf das dritte Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich. Nachdem die Leitung der Justizverwaltung der Länder in der Hand des Reichsministers der Justiz vereinigt worden ist, übernimmt das Reich als Träger der Justizhoheit die gesamte Justiz mit allen Zuständigkeiten, Rechten und Pflichten, mit allen Justizbehörden und Justizbediensteten.

Den Hauptteil der heutigen Kabinettsitzung bildeten die von dem Reichsminister des Innern vorgelegten Gesetze, die einen weitläufigen weiteren Schritt zur Rechtsreform bedeuten. Es handelt sich dabei um das Reichsstatthaltergesetz, wonach der Reichsstatthalter in Zukunft grundsätzlich an der Spitze der Landesregierung stehen soll und die Stellung des Reichsstatthalters derjenigen der preußischen Oberpräsidenten angepaßt wird, ferner um die neue deutsche Gemeindeordnung, die sich auf die gegenwärtigen Grundzüge des bisherigen Landesrechts gründet, aber eine weitgehende Mitwirkung der Partei in der Gemeindeverwaltung vorsieht.

Diese umfangreiche und weittragende Gesetzesarbeit, die nach einer eingehenden Aussprache vom Reichskabinett gebilligt wurde, wird am 30. Januar d. J. der Öffentlichkeit übergeben werden. Zum gleichen Termin werden die heute ebenfalls beschlossenen Gesetze über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes und über die Vertretung des Saarlandes im Reichstag veröffentlicht werden.

Schließlich nahm das Reichskabinett das von dem mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragten Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorgelegte Gesetz über die Durchführung einer Zinsentung bei Kreditanstalten an, durch das die seit langem angestrebte und vorbereitete organische Zinsentung nunmehr in die Tat umgesetzt wird.

Die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten

Berlin, 24. Jan. In der Sitzung des Reichskabinetts wurde das schon seit langem erwartete Gesetz über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei den Kreditanstalten beschlossen und verabschiedet.

Darnach wird den Kreditanstalten, die den Inhabern ihrer mit 6 v. H. und höher verzinslichen Schuldverschreibungen die Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Rechtsverhältnisses anbieten, die Ermäßigung erteilt, dieses Angebot zu erlassen mit der Maßgabe, daß es als vom Inhaber angenommen gilt, wenn es von ihm nicht innerhalb einer Frist von zehn Tagen abgelehnt wird. Schuldverschreibungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche, auf die das Hypothekengesetz vom 12. Juli 1899 oder das Gesetz über Pfandbriefe und verwandter Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927 oder das Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffspfandbriefgesetz) vom 14. August 1933 Anwendung findet.

Das Angebot muß die Herabsetzung des Zinsfußes auf 4,5 v. H. jährlich mit Wirkung vom 1. April 1935 an unter Gewährung einer einmaligen, dem Zahaber der Schuldverschreibung mit der nächsten nach dem 31. März 1935 fälligen Zinsfälligkeit bar zu zahlenden Entschädigung von 2 v. H. des Nennbetrages der Schuldverschreibung vorsehen.

Die aus der Annahme des Angebots sich ergebende Zinsersparnisse bei der einzelnen Kreditanstalt ist zur Zinsentlastung innerhalb des Bestandes an Hypotheken und Grundschulden sowie Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Körperschaften zu verwenden. Die Zinsentlastung beginnt mit dem 1. Oktober 1935 und beträgt höchstens 1,5 v. H. jährlich, soweit die Schuldverschreibungen mit einem höheren Satz als 6 v. H. verzinslich waren, erhöht sich der Satz von 1,5 v. H. höchstens um so viel, als der bisherige Zinsfuß den Satz von 6 v. H. überschritten hat.

Überleitung der Rechtspflege auf das Reich

Alle Länderjustizbehörden auf das Reich übernommen

Berlin, 24. Jan. Das Reichskabinett hat ein „drittes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich“ beschlossen. Dieses Gesetz hat den Zweck, die gesamte deutsche Justiz beim Reich zu vereinen, alle Justizbehörden und -bediensteten in den Dienst des Reiches zu nehmen und dieses, wie in der Begründung zu dem Gesetz ausgeführt wird, in Justizangelegenheiten haushalts- und vermögensrechtlich zum Rechtsnachfolger der Länder zu machen.

Es bestimmt der Paragraph 1 daß mit dem 1. April 1935 die Justizbehörden der Länder Reichsbehörden, die Justizbeamten der Länder unmittelbare Reichsbeamte und daß die Angestellten und Arbeiter der Landesjustizbehörden in den Dienst des Reiches treten. Der Paragraph 2 beschäftigt sich dann mit den haushaltsrechtlichen Fragen und bestimmt, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Landesjustizverwaltungen ebenfalls von 1. April auf Rechnung des Reiches gehen. Entsprechend dieser haushaltsrechtlichen Regelung wird dann im Paragraphen 3 des Gesetzes festgelegt, daß das Reich mit dem 1. April auch in alle vermögensrechtliche Pflichten und Rechte eintritt, die mit der Justizverwaltung der Länder verbunden sind; Grundstücke und bewegliche Sachen der Länder gehen in das Eigentum des Reiches über, wenn sie ausschließlich oder überwiegend von Justizbehörden benutzt werden.

Für das Behördenrecht des Reiches (Beamten-, Befoldungs-, Haushalts- usw. Recht) das auf die Landesbehörden und -bediensteten in Zukunft angewendet werden muß, überall eingeführt werden kann, muß übergangsweise noch das bisherige Recht weiter gelten, wozu der Paragraph 4 des Gesetzes die einzelnen Bestimmungen regelt. Dies gilt insbesondere auch für die Zuständigkeit von Landesdienststellenbehörden.

Wichtig ist weiterhin der Paragraph 7 des Gesetzes, der vorsieht, daß aus Anlaß der Übernahme der Landesjustiz auf das Reich deren Beamte die Verziehung in den Ruhestand beantragen können, wenn sie das 62. Lebensjahr vollendet haben. Diese Berechtigung erlischt am 31. Dezember 1935. Diese Bestimmung ist nach der Begründung des Gesetzes getroffen worden, um Beamten, die im vorgerückten Alter stehen und sich in die neuen Verwaltungsbestimmungen des Reiches nicht mehr einarbeiten können, den vorzeitigen Austritt in den Ruhestand zu ermöglichen. Um langwierige Verhandlungen bei der Überleitung der Justiz in Zweifelsfällen zu vermeiden, bringt das dritte Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich in Paragraph 8 eine Bestimmung, daß wenn sich bei der Anwendung dieses Gesetzes zwischen Reich, Ländern und Gemeinden Zweifelsfragen ergeben, der Reichsminister der Justiz nach Anhörung der Obersten Landesbehörde und gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen entscheidet. Diese Entscheidung bindet Gerichte und Verwaltungsbehörden.

Die schwarze Sturmflagge der Saar

an der Gruft Friedrichs des Großen

Potsdam, 24. Jan. Die schwarze Fahne der Deutschen Kriegsoffiziersorganisation an der Saar, die in vielen Tagesmilitären beim ins Reich getragen wird, ist am Donnerstag morgen in Seltow bei Potsdam, getragen von Kriegsoffizieren, eingetroffen. Von hier aus wurde sie von Oberbürgermeister Friedrichs und dem Führer der Standorttruppe im Namen Potsdams in Empfang genommen und unter Vorantritt von Ehrenabteilungen aller NS-Gliederungen und der Polizei durch Spallerte der Potsdamer Jugend zur Garnisonskirche geleitet.

Vor der Garnisonskirche hatten die Abordnungen der Reichswehr, der Landespolizeigruppe Brandenburg, sämtliche Gliederungen der Partei und eine nach Tausenden zählende Menge sich eingekundet. Oberleutnant von Alten wies in seiner Begrüßungsansprache vor dem Portal der Kirche auf die besondere Bedeutung dieses Tages hin, an dem der Geburtstag Friedrichs des Großen mit der Heimkehr der schwarzen Fahne der Saar zusammenfiel. Gauleiter Kube stellte ebenfalls in seiner darauf folgenden Ansprache den Geburtstag des großen Preußenkönigs in den Vordergrund. Auch er begrüßte das Symbol deutscher Ehre und nationalsozialistischer Verbundenheit, das nun durch deutsches Land getragen wird. Den Saarländern sprach der Gauleiter herzliche Worte des Dankes für ihre bewiesene Treue aus. Im Namen der Provinz Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen nahm dann der Gauleiter das Ehrenzeichen in Empfang, das unter Orgelklängen an den Sarkophag des großen Königs getragen wurde. Ein Augenblick stillen Gedankens folgte, eine Ehrung für die Brüder an der Saar und eine würdige Feier des Geburtstages des größten Soldatenkönigs. Nachdem das Saarländ die Einholung der Fahne in Potsdam abgeschlossen hatte, wurde sie unter zahlreichen Ehrengeleiten zur Glindebrücke gebracht, wo sie den Vertretern der NSDAP Gau Berlin übergeben wurde.



Hausbesitzer lagern

Führertagung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine

Berlin, 24. Jan. Auf der Führertagung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine am Donnerstag im Preußenhaus wies Präsident Tribius in seiner Begrüßungsansprache u. a. darauf hin, daß das Problem Vermieter und Mieter nur gelöst werden könne, wenn die Interessen aller an der Wohnungswirtschaft Beteiligten berücksichtigt würden. Der Haus- und Grundbesitz habe volles Vertrauen zu den weiteren Maßnahmen der Reichsregierung.

Reichsarbeitsminister Selbte

Werte in einer längeren Aussprache u. a. aus: Der deutsche Hausbesitz mit seinen über 13 Millionen Alt- und über 3 Millionen Neubauswohnungen und den großen, darin investierten Kapitalwerten stellt nicht nur wirtschaftlich einen Faktor von ungeheurer Bedeutung dar. Ihm ist als Verwalter dieser Wohnungen, der Mieter nur gelöst werden könne, wenn die Interessen aller an der Wohnungswirtschaft Beteiligten berücksichtigt würden. Der Haus- und Grundbesitz habe volles Vertrauen zu den weiteren Maßnahmen der Reichsregierung.

Heute kann man feststellen, daß die von der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung auch eine Befreiung in der Lage des Hausbesitzes gebracht haben. Fast 170 000 früher unermietete große Wohnungen sind durch Teilungen und Umbauten wieder vermietbar geworden. Die allgemeine Belebung der Wirtschaft hat die Zahlungstrait der Mieter gehindert und damit die Mietrückstände verringert; die Nachfrage nach Wohnungen ist begünstigt durch die starke Zunahme der Beschäftigten lebhaft gewachsen. Zwei Dinge vor allem sind es, die ihnen besonders Sorge bereiten, die Zinsen und die Steuern. Für den Althausbesitz haben die Steuern, für den Neubausbesitz die Zinsen im Vordergrund. Die für die neuerliche Entlastung des Althausbesitzes dringend erwünschte Senkung der Hauszinssteuer tritt uns Jänen bekannt ist, mit dem 1. April 1935 schon ein. Was weiter die Zinsfrage anbetrifft, so beginnt die auf eine organische Senkung des allgemeinen Zinsfußes aufgebaute Politik der Reichsregierung mehr und mehr ihre Früchte zu tragen. So läßt die ganze Entwicklung eine optimistische Betrachtung gerechtfertigt erscheinen. Zum Schluß dankte der Minister dem Präsidenten Tribius dafür, daß er bemüht sei, im Interesse der Volksgemeinschaft zu einem günstigen Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter zu gelangen. Dabei sei der Einheitsmietvertrag ein wichtiger Markstein. Vielleicht lasse es sich ermöglichen, den Einheitsmietvertrag zum Kaiser eines Hypothekendarlehens zu machen und dann den Hausbesitz von einzelnen überholten Fesseln zu befreien, um den Hausbesitz gewissermaßen zu einem Teuerhändler der ganzen Nation zu machen. Nach einem Dankeswort des Präsidenten Tribius an Reichsminister Selbte begann die Reihe der Referate.

Reichshandwerksmeister Schmidt

sprach über „Handwerk — Hausbesitz“. Er ging davon aus, daß Handwerk und Hausbesitz die gleiche Schicksalsgemeinschaft bilden. Die Verflechtung zwischen Handwerk und Hausbesitz werde dadurch noch enger, daß jeder zweite Handwerker auch Hausbesitzer sei. In zahlreichen Handwerksgruppen gehe der Handverfall der Hausbesitzer sogar über 70 v. H. hinaus. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Reichshandwerksmeister mit der Stellung des Hausbesitzes als Auftraggeber gegenüber dem Handwerk. Der Hausbesitz sei ein wichtiger Faktor der Handwerkswirtschaft, die fast ausschließlich auf den Binnenmarkt angewiesen sei. Die Erhaltung, die Erneuerung und die Ergänzung des Hausbesitzes gebe großen Teilen des Handwerks Arbeit und Brot. Der Hausbesitz habe vor dem Kriege jährlich für eine Milliarde Mark Arbeit an das Handwerk vergeben können. Nachdem der Hausbesitz zugrunde gerichtet und die Wirtschaftslähmung der Häuser verschwunden gewesen sei, sei der handwerkliche Auftragsbestand eingestürzt und Handwerk und Hausbesitz hätten gemeinsame Not gelitten, während die Häuser verfallen seien. Erst der Führer habe das Baugewerbe als das Schlüsselgewerbe der Wirtschaft wieder belebt und dadurch eine Arbeitsbeschaffung gewaltigen Umfanges ermöglicht. Diese Maßnahme sei unter dem Namen „Instandsetzungsaktion“ bereits Geschichte geworden. Mehr denn je müsse die Parole der Arbeitsbeschaffung durch Selbsthilfe befolgt werden, da die Wirtschaft auf die Dauer nicht durch öffentliche Zuschüsse in Gang gehalten werden könne. Handwerk und Hausbesitz müßten in einer solchen Arbeitsbeschaffung wieder an erster Stelle stehen. Im weiteren bezeichnete er die Entschuldung bzw. Umschuldung des Hausbesitzes als eine vorrangige Frage. Eine Erleichterung werde der Hausbesitz durch die Senkung der Hauszinssteuer am 1. April 1935 erfahren. Die dadurch freierwerdenden Beträge müßten dem Hausbesitz ungeteilt zur freien Verfügung stehen. Das Handwerk werde alle Maßnahmen unterstützen, die auf eine schnellstmögliche Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes hinführen.

Die neuen Grenzkämpfe im Osten

London, 24. Jan. Die Londoner Presse berichtet ausführlich über das Wiederanleben der Feindseligkeiten zwischen japanischen und chinesischen Truppen in Ost-Tschahar. Den Darstellungen der englischen Berichterstatter in Peking zufolge eröffnete am Dienstag abend eine mit vielen Kraftfahrzeugen, 20 Feldgeschützen, 20 Panzerwagen und vier Bombenflugzeugen ausgerüstete Streitmacht von 2000 Mann, die aus japanischen und mandchurischen Soldaten bestand, den Angriff auf die mongolische Provinz Tschahar. Die letztere Stadt liegt an einer wichtigen Durchgangsstraße durch die Große Mauer. Die Flügelgruppen der Angreifer waren etwa 40 Kilometer voneinander entfernt. Am Mittwoch bei Tagesanbruch warfen Flugzeuge Bomben auf die chinesischen Stellungen. Mittags folgte eine heftige Beschließung, in deren Verlauf 70 Kanonen innerhalb der Großen Mauer niedergingen, worauf die

Infanterie vorging. Mit Andbruch der Dunkelheit machten die Angreifer Halt. Der Militärattaché der japanischen Botschaft in Peking, Oberst Takahashi, erklärte auf Befragen, der Feldzug werde fortgesetzt werden, „solange es notwendig sei“. Die chinesischen Streitkräfte, deren Verluste unbekannt sind, haben unter dem Befehl des Gouverneurs der Provinz Tschahar, Sung-Tschang-Pang, in Peking eine schleunigst einberufene Konferenz zwischen General Sung-Tschang-Pang und dem Kriegsminister General Ho-Ding statt, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Chinesischer Protest beim japanischen Außenministerium

Tokio, 24. Jan. Die chinesische Regierung hat beim japanischen Auswärtigen Amt schärfsten Protest gegen den Vormarsch japanischer Truppen gegen die Große Mauer erhoben.

Die chinesischen Militärbehörden legen Protest ein

Beiping, 24. Jan. Die chinesischen Militärbehörden haben beim Chef der japanischen Militärmission, Oberst Matsui, Protest eingelegt gegen den Vormarsch der japanischen Truppen in der chinesischen Provinz Tschahar und haben betont, daß diese militärische Aktion eine grobe Verletzung des Sinesisch-japanischen Waffensstillstandsabkommens darstelle, das im Jahre 1931 in Tientsin unterzeichnet wurde.

50 Tote bei der Beschließung Tschahars

London, 24. Jan. Einer halbamtlichen Meldung aus Peking zufolge sind bei der Beschließung Tschahars durch die Japaner mehr als 50 Personen, meist Zivilisten, getötet und verletzt worden. Japanische Verstärkungen tauchten in der Nähe von Kowtan auf.

In Peking wurde eine offizielle japanische Erklärung veröffentlicht, die besagt, daß bei dem Zusammenstoß zwischen japanischem Militär und chinesischer Miliz am Dienstag drei Japaner getötet und fünf verletzt wurden.

Schanghai, 24. Jan. Die Erklärung des japanischen Militärattachés in Peking, daß die Japaner bei Tschahar nichts anrichteten, weil die Chinesen ihren Widerstand fortsetzten, löste in Schanghai erhebliche Kernost aus, was sich an der Börse durch starke Kursrückläufe chinesischer Staatspapiere ausdrückte. Die Abendpresse befürchtet, daß die Kämpfe weitergehen.

Der Memelländer Prozeß

Ein offenes Wort im Memelprozeß

Kowno, 24. Jan. In der Verhandlung im Memelländerprozeß bildete die Nordische Zeitschrift den Kernpunkt. Die Zeugenvernehmung ergab ein lächerliches Alibi für den Angeklagten Kopp, der laut Anklageschrift der Beihilfe bei der angeblichen Ermordung des Zeutli beschuldigt wird. Bedeutsam war das Reumundopagnis, das der frühere Oberbürgermeister der Stadt Memel, Brindlinger, einer Reihe von Angeklagten in diesem Prozeß ausstellte. Auf die Frage des Hauptanklägers Dr. Reumann, ob Dr. Brindlinger irgend etwas davon wisse, daß Reumanns Partei einen bewaffneten Aufstand geplant habe, antwortete Brindlinger: Ich kann nur sagen, daß ich mit einer großen Zahl der hier Angeklagten stets in engster Fühlungnahme gestanden habe. Ich habe immer wieder Gelegenheit gehabt, mich mit den Leuten der beiden angeklagten Parteien zu unterhalten. Ich habe aber bei dieser Unterhaltung die Überzeugung gewonnen — das sage ich jetzt unter ausdrücklicher Berufung auf meinen Eid — daß keiner von diesen Herren mit dem Gedanken auch nur geipielt haben kann, im Memelgebiet einen bewaffneten Aufstand zu entfachen. In Unterhaltungen wurde von diesen Herren immer wieder erklärt, wenn man den alten Parteien (Vandwirtschaftspartei und Memelländische Volkspartei) einen Vorwurf machen könne, dann nur den, daß sie sich nicht genug Mühe gegeben hätten, die Beziehungen zwischen dem Memelgebiet und dem litauischen Zentralstaat besser zu gestalten. Die Männer um Reumann und Soh hätten immer wieder betont, daß man gerade deshalb neue unbelastete Männer heranziehen müsse, weil man die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, zu einem guten Einvernehmen mit dem Zentralstaat zu kommen. Ich habe ihm darauf erklärt, sie seien große Optimisten, denn solange eine gewisse Clique im Memelgebiet existiere, werde es nicht gelingen, bessere Beziehungen herbeizuführen. Ich habe bei all diesen Unterredungen immer wieder gefunden, daß die Herren in ihrem meines Erachtens zu großen Optimismus zeigten haben, daß es gelingen würde, die Beziehungen enger und besser zu gestalten. Niemals habe ich davon geddert — und bei meinen weitreichenden Beziehungen im Memelgebiet und vornehmlich in der Stadt Memel hätte mir so etwas nicht entgehen können —, daß in einem größeren Kreise irgend ein Plan für einen gewaltigen Aufstand gesprochen worden sei.

Auf die Frage des Vertreters der Ziollage, was er unter der Clique verstehe, die ein Hindernis für die Verständigung gemeint wäre, erwiderte Dr. Brindlinger: Wir waren der Auffassung, daß das Haupthindernis für eine Verständigung zwischen dem Memelgebiet und der Zentralregierung in dem Verhalten gewisser Memelländer lag, die aus eigennütigen Interessen heraus handelten und kein Interesse an einer Verständigung hatten. Wenn Namen verlangt werden, kann ich Namen nennen. Es ist bezeichnend, daß weder das Gericht noch die Staatsanwaltschaft oder die Vertreter der Ziollage auf dieses Angebot eingegangen.

Hauptverhandlung des BDL

Berlin, 24. Jan. Im Laufe der Deutschen Presse hielt der Volksbund für das Deutschtum im Auslande in Anwesenheit des Reichsministers Heß als Vertreter des Führers die diesjährige Hauptverhandlung ab. An der Tagung nahmen ferner teil Vertreter der Partei, der Reichs- und Staatsbehörden, der Reichswehr und Reichsmarine und befreundeter Verbände und Vereine. Nach der Begrüßungsansprache des Bundesleiters des BDL, Dr. Steinhilber, und der Eröffnungsrede, Professor Dr. Hausbofer nahm Reichsminister Heß das Wort zu einer kurzen Ansprache in der er der Bundesleitung und den Mitarbeitern des BDL seinen Dank für die geleistete mühevollen und an Kämpfen reiche Arbeit aussprach. Sein besonderer Dank, fuhr der Minister fort, gelte jenen, die außerhalb der Grenzen des Reiches den Kampf führten. Er selber wisse, daß dieser Kampf zum Teil sehr hart ist und daß unetere Volksgenossen draußen Schwere auf sich nehmen um der Zukunft unseres Auslandsdeutschtums willen. Mit einem kräftigen Heil Hitler! schloß Reichsminister Heß seine Ansprache.

23 Millionen-Spende zum Tag der nationalen Revolution

Berlin, 25. Januar. Am Jahrestag der nationalen Revolution wird, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, vom Winterhilfswerk eine große zusätzliche Spende im Wert von 23 Millionen Reichsmark verteilt werden. Es handelt sich dabei um 14 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je 1 Mark und 6 Millionen Kohlen Gutscheine im Werte von je 1,50 Mark. Die Lebensmittelgutscheine werden in der Zeit vom 30. Januar bis 15. Februar 1935 in allen Lebensmittelgeschäften in Zahlung genommen. Die Erstattung des Gegenwertes an die Lebensmittelgeschäfte oder Großhandlungen erfolgt nach Abgabe der Gutscheine nach Abzug von 5 Prozent für das WSW, bis spätestens 28. Februar 1935 bei allen Zahlstellen der in der Reichsgruppe 4 zusammengeschlossenen Kreditinstituten. Die Gutscheine, die nach dem 15. Februar 1935 von den Bedürftigen in Lebensmittelgeschäften vorgelegt werden, oder Scheine, die den Ausgabestempel des WSW nicht tragen, dürfen nicht in Zahlung genommen werden. Die als Sonderausgabe zur Verteilung gelangenden Kohlen Gutscheine werden gemeinsam mit den gewöhnlichen Kohlen Gutscheinen Serie D verausgabt und sind genau so zu behandeln. Ihre Geltungsdauer erstreckt sich auf den Monat Februar 1935.

Amnestie im Saargebiet

Saarbrücken, 24. Jan. Das Amtsblatt der Regierungskommission veröffentlicht eine große Amnestie-Berordnung auf Grund der Entschließung des Völkerbundstates vom 17. Januar und auf Grund des Beschlusses der Regierungskommission vom 22. Januar.

Der erste Abschnitt behandelt die Straffreiheit bei politischen Straftaten.

Der zweite Abschnitt der Verordnung betrifft die Straffreiheit bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not. Es wird Straffreiheit gewährt, wenn der Täter nicht oder nur mit Gehtrotten oder Freiheitsverlusten von insgesamt höchstens sechs Monaten verurteilt ist.

Die italienische Regierung umgebildet

Rom, 24. Jan. Ueber eine weitgehende Regierungsombildung in Italien hat die „Agenzia Stefania“ eine ausführliche Mitteilung veröffentlicht, derzufolge sämtliche Ministerien, die nicht in den Händen des italienischen Regierungschefs liegen, also mit Ausnahme der Ministerien für Inneres, Meeres, Meer, Flotte, Luftwaffe, Kolonien und Korporationen, neu besetzt worden sind.

Neu ernannt sind als Finanzminister der Senator und Admiral Thaon di Revel (an Stelle von Jung), Innenminister Quadrumvir de Vecchi (bisher Ercole), Landwirtschaftsminister der bisherige Unterstaatssekretär in der Präsidentschaft Koffani (früher Acerbo), Minister für öffentliche Arbeiten der Abg. Rojzo (bisher Crocchi), Verkehrsminister der Abgeordnete und Industrielle Benini (bisher Puppini), Justizminister Solmi (bisher de Francisci).

Gleichzeitig treten an die Stelle der bisherigen Unterstaatssekretäre der in von dem Wechsel betroffenen Ministerien neue Männer.

Schließlich ist der Gouverneur von Rom, Fürst Boncompagni, von einem Posten zurückgetreten und zum Staatsminister ernannt worden. An seine Stelle tritt der frühere Korporationsminister Bottai.

Vorbehalte der Kleinen Entente zu den Donaupaktplänen

Paris, 24. Jan. Der Außenpolitiker sieht die Verwirklichung der französischen Donaupaktpläne nicht so rosig, wie dies die übrige Presse tut. Nach dem „Echo de Paris“ sei eine ganze Reihe von Vorbehalten der Kleinen Entente zu erwarten, die dem Plan starken Abbruch tun könnten. So werde die Kleine Entente darauf bestehen, daß ein Verbot der Wiedereröffnung der Handelsverträge in Form einer Zusatzbestimmung in das Abkommen über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs aufgenommen wird. Sie werde weitere Sicherungen gegen jene Revolutionspropaganda verlangen, da Propaganda leicht in Gewaltanwendung ausarten könne, wie dies der Anschlag gegen König Alexander in Marzelle bewiesen habe.

Neues vom Saage

Strenge Sichtung der Saarländer durch französische Grenzposten

Paris, 24. Januar. Wie Havas aus Saargemünd meldet, sind die französischen Grenzposten angewiesen worden, eine strenge Sichtung der Saarländer, die nach Frankreich hereinwollen, vorzunehmen. Nur deutsche Personen, die sich als politische Flüchtlinge ausweisen können, erhalten künftig die Erlaubnis, die Grenze zu überschreiten. So wurden bei Saargemünd von insgesamt 45 Einlaßbegehrenden nur sieben zugelassen. Die von einem Morgenblatt verbreitete Meldung, daß ein 6. Fremdenlegionsregiment gebildet sei, in das vor allem saarländische Emigranten eintreten sollen, wird von der Abendpresse bestätigt. Angeblich ist der Andrang von Saarländern zur Fremdenlegions sehr stark.

Um den Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika zum Haager Schiedsgericht

Washington, 25. Januar. Der Senat nahm eine Vorlage des demokratischen Senators Vandenberg zu dem Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgericht an, in der von vornherein jede Einmischung ausländischer Mächte in rein amerikanische Dinge auch nach dem Beitritt abgelehnt wird.

Ueber 100 Todesopfer in Amerika

Newyork, 25. Januar. Die Zahl der Todesfälle, die durch die Schneestürme und durch die Ueberschwemmungen am Mississippi verursacht worden sind, sollen nach neuen Meldungen im Gesamtgebiet der Vereinigten Staaten 100 übersteigen.



Aus Stadt und Land

Montag, den 25. Januar 1935.

Veranstaltungen und Sonderzüge der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

In der Kreisgeschäftsstelle in Nagold fand vorgestern unter Vorsitz von Karl Steg als Kreiswart der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ eine Besprechung über die Veranstaltungen im Jahr 1935 statt. Nach einleitenden Worten, in denen er hervorhob, daß die Wünsche und Forderungen des Führers hinsichtlich der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im letzten Jahre erfüllt worden seien und daß sich im letzten Jahr auch der Kreis Nagold in den Dienst der Sache gestellt habe und verschiedene Sonderzüge mit NS-Urläubern bekommen habe, leitete er auf das Thema der Aufgaben im Jahr 1935 über. Auch im neuen Jahr werde unter Kreis mit Urlaubern bedacht. Daneben laufen Veranstaltungen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ für die Einheimischen. Künftig soll im Monat wenigstens einmal eine Veranstaltung abgehalten werden und zwar in Nagold, Altensteig und Wildberg. Für den Februar ist eine Veranstaltung vorgesehen, für welche die Siebenbürger Volkstumsgruppe gewonnen wurde. Die Veranstaltungen finden am 2. Februar in Altensteig, am 3. Februar in Wildberg und am 5. Februar in Nagold statt. Außerdem gibt die Landesbühne am 20. Februar in Nagold und am 22. Februar in Altensteig eine Vorstellung. Er hat die Anwesenden, die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in allen ihren Unternehmungen zu unterstützen. Die NS-Gemeinschaft wolle dem deutschen Menschen das geben, was er kulturell haben müsse. Als Kreiskulturwart wurde Präzeptor Wieland-Nagold bestimmt. Es kommen für die NS-Gemeinschaft zunächst vier Ortsgruppen und zwar Nagold, Altensteig, Hatterbach und Wildberg in Betracht. Als Ortswart für „Kraft durch Freude“ wurden eingesetzt für Nagold Rönkefeld, Altensteig Wieland jr., Wildberg Ros und Hatterbach Neuke. Für die Erledigung der Aufgaben der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ wurden ferner bestimmt, für Simmersfeld Stidel, für Bernsd Bauer und für Wart Reich. Durch die Sonderzüge im Jahre 1935 erhalten folgende Orte NS-Urlauber: Nagold, Altensteig, Bernsd, Simmersfeld, Wart, Hatterbach und Wildberg. Sonderzüge sind zunächst angemeldet aus Eisen für die Zeit vom 5.—12. Mai und zwar mit 900 Urlaubern; aus Schiessen in der Zeit vom 26. Mai bis 2. Juni, ebenfalls mit 900 Urlaubern; aus Westfalen in derselben Zeit mit 450 Urlaubern; aus Sachsen in der Zeit vom 16.—28. Juni mit 450 Urlaubern; aus Groß-Berlin in der Zeit vom 7.—14. Juli mit etwa 1000 Urlaubern. Der Kreiswart betonte die Notwendigkeit, für eine einwandfreie Unterkunft und Verpflegung zu sorgen. Die Urlauber müßten in jeder Hinsicht zufriedengestellt werden. Den Urlaubern solle ein recht freundliches Entgegenkommen gezeigt und die Volksgemeinschaft in die Tat umgesetzt werden. Die Entschädigung pro Person bleibe die gleiche wie im letzten Jahr. Für die verschiedenen Veranstaltungen anlässlich der Urlaubszüge wurden noch Richtlinien aufgestellt und insbesondere auch festgelegt, daß bei den Veranstaltungen für die Urlauber die Polizeistunde nicht über 1 Uhr ausgedehnt werden soll. Wir freuen uns, daß jetzt schon wieder Sonderzüge mit NS-Urlauern für unsere Gegend sichergestellt sind und sind der Überzeugung, daß sie gleich den Gästen vom Jahre 1934 bei uns reiflos befriedigt werden.

Baumwartprüfung im Bezirk Nagold. Bei der zu Beginn des Jahres in Ebhausen durch Beamte der Landesbauernschaft abgenommenen Baumwartprüfung haben 13 Prüflinge bei ziemlich hochgeschraubten Anforderungen auf dem Gesamtgebiet des Obstbaues bestanden. Es sind dies die Herren Schächinger-Sulz, Widmaier-Ebhausen, Dengler-Ebhausen, Karl Walz-Rohrdorf, Albert Walz-Rohrdorf, Tochtermann-Heishausen, Jint-Oberthalheim, Seeger-Weberberg, Steeb-Beuren, Schalte-Egenhausen, Teufel-Spielberg, Nikolaus-Effringen, Rau-Ebershardt.

Stadtkapelle (NS-Kreisapelle) Altensteig. Verschiedenen Wünschen entsprechend wiederholt die Stadtkapelle am kommenden Sonntag ihren Konzert- und Theaterabend und zwar zu ermäßigtem Eintrittspreis von 50 J., um damit allen Volksgenossen Gelegenheit zu geben, sich das wirklich gute Programm anzuhören bzw. anzusehen. Den ersten Teil bestreitet das Blasorchester mit klassischer und guter Volksmusik, während der zweite Teil außer Darbietungen des Streichorchesters, von den beiden Singspielen „Heidelberg, du Jugendbrunnen“ und „Es

muß a Frau ins Haus“ ausgefüllt ist. Die beiden Singspiele haben am vergangenen Sonntag jedem Besucher sehr gut gefallen, besonders das zweite Stück brachte großen Lacherfolg. Die Kapelle sowie die Darsteller der beiden Stücke werden sich auch am kommenden Sonntag alle Mühe geben, jedem Besucher gute Musik zu bieten und einige vergnügte Stunden zu bereiten.

Verhgang für Mädchenturnen. Von Anfang Mai bis Ende September 1935 wird am Hauswirtschaftlichen Seminar in Kirchheim wie im Vorjahr ein Verhgang für Mädchenturnen stattfinden. An diesem Verhgang können teilnehmen: Studienassessorinnen, Volkshullehrerinnen, Frauenarbeitskullehrerinnen, Gewerbe- und Handelslehrerinnen, Fachlehrerinnen für Handarbeit, Hauswirtschaft und Turnen, die über eine gute Turnertüchtigkeit verfügen und zur Uebernahme eines größeren Lehrauftrags in Lehrübungen für Mädchen bereit sind.

Devilienüberwachung im Postverkehr. In den Monaten Oktober bis Dezember 1934 wurden im Bezirk des Landesfinanzamts Stuttgart wiederum einige tausend Reichsmark bei der Stichprobenweisen Nachprüfung der ins Ausland gehenden Briefpost beschlagnahmt. Daneben sind noch annähernd 300 Briefe, deren Inhalt ein Devilienvergehen vermuten ließen, angehalten worden. Die Zahlen beweisen, daß Volkshädlinge und Unbefehrbare immer wieder absichtlich oder fahrlässig die Devilienbestimmungen nicht beachten. Zum eigenen Vorteil aller, die Geld oder Geldeswert, z. B. auch unentwertete Briefmarken oder internationale Antwortscheine ins Ausland verlegend wollen: Seien Sie die Ausschänge bei den Postämtern oder erkundigt Euch beim Zollamt!

Rohrdorf, 24. Januar. (85. Geburtstag.) Färbereibesitzer Chr. Lampart, der leider kurzzeitig im Kreiskrankenhaus Nagold weilte, konnte am Montag seinen 85. Geburtstag begehen. Aus diesem Anlaß erfreute ihn am Sonntagmorgen die hiesige Kirchenchor mit einem Ständchen.

Walzgrafenweiler, 25. Jan. (Tödlicher Unfall.) Unser Ortsgeistlicher, Pfarrer Kiehm und seine Familie, sind plötzlich in große Trauer versetzt worden. Der 17 Jahre alte Sohn Martin, der seit kurzem Seminarist in Ulm ist, stürzte dort beim Schlafen im „Langen Grund“ und zog sich einen so schweren Schädel- und Armbruch zu, daß er bald darauf starb.

Ueber den Unfall wird aus Ulm berichtet: Nach dem Sturz des Seminaristen leisteten ihm drei anwesende Kameraden die erste Hilfe und riefen den Arzt herbei, der die Ueberführung des Verletzten ins Kreiskrankenhaus anordnete. Eine sofort vorgenommene Schädeloperation verschaffte dem Verunglückten zunächst Linderung. Kaltebluten offenbarte aber bald eine gefährliche Gehirnverletzung. Die herbeigerufenen Eltern fanden ihren Sohn zwar noch lebend vor, doch kam er nicht mehr zum Bewußtsein. Kurz nach Mitternacht trat dann der Tod ein.

An dem großen Leid, das über unsere Pfarrfamilie gekommen ist, nimmt die ganze Einwohnerschaft herzlichen Anteil. Umso mehr, als das Pfarrhaus zur Zeit ohnedies durch Krankheit von Familiengliedern heimgesucht ist.

Edelweiler, 24. Januar. (Lehrwanderung durch die Obstanlagen.) Am letzten Samstag fand unter Leitung des Kreisbaumworts Wagner von Vöhrburg eine Lehrwanderung durch die Obstanlagen in der Gemeinde Edelweiler statt, bei dem sich trotz der Kälte eine stattliche Zahl Obstzüchter beteiligte. Nachdem die praktischen Arbeiten in den Anlagen besprochen waren, folgte ein lehrreicher Vortrag im Schulsaal, an welchem sich eine anregende Diskussion angeschlossen.

Neuenbürg, 23. Januar. (7000 RdF-Urlauber kommen ins Engtal.) Auf dem Geschäftszimmer der Deutschen Arbeitsfront tagten am letzten Samstagmorgen die Ortswart der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, um über wichtige Organisationsfragen zu beraten. Dabei gab Kreiswart Bud bekannt, daß bis jetzt insgesamt sieben Urlaubszüge aus allen Gegenden Deutschlands mit insgesamt 7000 Teilnehmern für das Engtal gemeldet worden seien. Zwei Züge davon sollen schon im Laufe des Monats April eintreffen. Für die in Frage kommenden Orte soll für den Zweck der Werbung ein gemeinsamer Prospekt herausgegeben werden, der nach Fertigstellung an die meisten RdF-Gaue verschickt werden soll.

Neuenbürg, 24. Jan. Am Mittwochmorgen wurde unter zahlreicher Teilnahme von nah und fern Alt-Bädermeister Christian Rainer zu Grabe getragen, der im Gemeindeleben Neuenbürgs in den vergangenen Jahrzehnten eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Der im

Alter von 77 Jahren Verstorbene betätigte sich viele Jahre im Gemeinderat und Bürgerausschuß. Seinen Berufsgenossen diente er nicht nur als Gründer der hiesigen Bäderinnung, sondern auch als ihr langjähriger Obermeister.

Herrenalb, 23. Januar. (Nach 20 Jahren identifiziert.) Hermann Förstner von Kullenmühle teilt uns das folgende mit. Durch Vermittlung der Reichsarchivzweigstelle Stuttgart erhielt er mit folgendem Brief Nachricht und Erkennungsmarke über seinen gefallenen Bruder: „Von der französischen Regierung wurde die Erkennungsmarke des ehemaligen Musikleiters Eugen Förstner, der 12. Komp., Reg. Inf. Regt. Nr. 120, geb. 19. 11. 1894 zu Kullenmühle O. A. Neuenbürg, lediger Webergehülfe, übersandt mit der Mitteilung, daß Förstner, welcher am 12. 5. 1915 bei Givensh, nördlich Arras, vermißt wurde und inzwischen gerichtlich tot erklärt wurde, nunmehr auf dem endgültigen deutschen Mil.-Friedhof von Maison Blanche, nördlich Arras, in das Einzelgrab Nummer 31 069 umgebettet worden ist. Die bei der Umbettung der Leiche vorgefundene Erkennungsmarke wird zur Ausständigung an die dort lebenden Eltern (Ernst Förstner, Säger) oder sonstigen Angehörigen hiemit übersandt. v. Halbenwang, Oberarchivar.“

Heidenheim, 24. Januar. (Jede Woche Zwillinge.) Jede Woche Zwillinge — so lautet eine Nachricht aus dem Kreiskrankenhaus, in dem große Freude über die glücklichen Geburten herrscht. Dreimal hat sich in den letzten zwei Wochen dieser Fall ereignet. Das erstmal waren es zwei Knaben, das zweitemal zwei Mädchen und das drittemal ein Knabe und ein Mädchen. Alle Mütter und alle Kinder sind gesund.

Rottenburg, 24. Jan. (Rodelunfall.) Nachmittags ereignete sich auf der Waldsteige schon wieder ein Rodelunfall, bei dem zwei Mädchen und ein Knabe erheblich verletzt wurden. In vieren saßen sie auf einem Schlitten, um die Waldsteige herunterzufahren; in der letzten Kurve wurden sie aus der Fahrbahn geschleudert und kamen dabei so unglücklich zu Fall, daß drei verletzt wurden.

Stuttgart, 24. Jan. (5000 Mark gewonnen.) Am Mittwochabend hatte ein junger Büroangestellter in Stuttgart das Glück, mit einem Los der Winterhilfe-Lotterie 5000 RM. zu gewinnen. Als er sich von seinem glücklichen Schicksal erholt hatte, sagte er: „Jetzt wird aber geheiratet.“ Bei dem Gewinner handelt es sich um einen alten Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung aus Wildentierbach O. A. Gerabronn.

Autofahrt in den Neckar. Am Mittwoch kam auf der Straße zwischen Hebesingen und Ehlingen ein Personentransportwagen, der einem entgegenkommenden Auto ausweichen wollte, auf der glatten Straße ins Schleudern und stürzte die Böschung hinab in den Neckar. Zum Glück konnte sich der Fahrer durch Einschlagen der Fensterhebel aus dem umgestürzten Wagen retten. Er trug nur unbedeutende Verletzungen davon.

Schaufensterwettbewerb. Der im März ds. Js. zur Durchführung gelangende 2. Reichsberufswettbewerb soll in der Woche vom 17. bis 24. Februar mit einem Schaufensterwettbewerb eröffnet werden. Die jungen Berufslamarden aus den Einzelhandelsbetrieben werden in ganz Deutschland zu diesem Wettbewerb aufgerufen. Es wird bei diesem Wettbewerb der Jugend ganz besonderer Wert darauf gelegt werden, daß sich nicht nur die großen, sondern auch die vielen mittelgroßen und kleineren Einzelhandelsbetriebe daran beteiligen.

Stetten i. Remstal, 24. Jan. (Walchbären im Dachsbau.) Beim Ausheben eines Dachsbauwerks erlegte Jagdpächter Gröh aus Aldingen, wie er annahm, vier Dachse. Bei näherem Zusehen stellte es sich jedoch heraus, daß es Walchbären waren. Es dürfte sich dabei um Juchtiere handeln, die aus einer Juchtsfarm auf dem Schurwald ausgerissen waren und in dem Dachsbau Unterschlupf gefunden hatten.

Wingen a. F., 24. Jan. (Verkehrsunfall.) Hinter dem Ortsausgang kam ein Stuttgarter Auto in eine ungewöhnlich dicke Nebelwand. Trotz aller Vorsicht des Fahrers stieß das Auto auf einen in der Straßenmitte fahrenden Langholzwagen, wobei ein Stamm das Auto durchbohrte und den darin sitzenden Oberregierungsrat Köpfler schwer verletzte. Während nun die Verunglückten noch auf der Straße hielten, kam von hinten ein Lastwagenzug, dessen Lenker infolge des dichten Nebels keine Sicht hatte. Er prallte auf das verunglückte Auto auf und schleuderte es etwa 50 Meter weit in das Ackerfeld. Wie durch ein Wunder erlitt Oberregierungsrat Köpfler, der sich noch in dem Wagen befand, durch diesen zweiten Zusammenstoß keine weiteren Verletzungen.



Was man von ganzem Herzen liebt,

dazu soll man sich auch bekennen. Dort, wo es Raucherliebe gibt, wird man begeistert „Salem“ nennen.



SALEM ALEIKUM

3 1/3 g



Die Durchführung der Erzeugungsschlacht

Stuttgart, 21. Jan. Unter dem Vorsitz des Abteilungsleiters... Die Durchführung der Erzeugungsschlacht...

Handel und Verkehr

Getreide... Karlsruher Weizenmarkt vom 23. Jan. Weizen 21.60, Roggen 17.60... Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 24. Januar...

Bekanntmachungen der NSDAP

NSDAP, Ortsgruppe Altensteig... Samstagsnachmittag um 4 Uhr ist Schulungsberatung im Paganold... Deutsche Arbeitsfront, Reichsberufungsgruppe der Angestellten...

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gefängnis-Anstalt gewinnt eine Million Franken... Autobusunglück in Griechenland... Havarie des deutschen Dampfers „Trenenfels“...

Beste Nachrichten

Der deutsche Botschafter bei Laval... Kommunizistische Versammlung in Wien ausgehoben... Versteigerung der österreichischen Zugspitzbahn...

Stadtkapelle Altensteig (PO-Kapelle) Sonntag, den 27. Januar 1935, abends 1/8 Uhr im Saal zum „Grünen Baum“ Wiederholung des Konzert- und Theater-Abends

DBG Deutsche Bauergemeinschaft N.-O. R.-P. Sonntag, den 27. Januar 1935... Jahreshauptversammlung mit Filmmovietrag

Freiburger Münsterlose Preis 50 Pfennig, Doppellos M. 1.- Ziehung am 2. März 1935... Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Büro-Artikel wie: Leitz-Ordner, Ordner m. Schmalrücken, Schnellhefter, Juris-Mappen... Buchhandlung Lauk, Altensteig

Wer leibt ca. 1000 RM. gegen Sicherheit und pünktlicher monatlicher Rückzahlung... Angebots an die Geschäftsstelle des Blattes.

R. d. S. (Hausfrauenverein) Heute Freitag abend 8 Uhr Monatsversammlung im „Saubenfaal“

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen werden von Sportlern, Turnern und Wandern leidenschaftlich begehrt... Preis: 35.40 u. 75 Pf.